



Medieninformation

Forschungszentrum für den Ostseeraum entsteht an der Universität Greifswald

Universität Greifswald, 26.02.2019

An der Universität Greifswald entsteht ein Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO). Bundesbildungs- und Forschungsministerin Anja Karliczek übergab am 26. Februar 2019 in Greifswald einen Förderbescheid ihres Ministeriums in Höhe von 1,4 Millionen Euro für die zweijährige Konzeptphase zum Aufbau der Einrichtung. Das IFZO soll sich mit zentralen Fragen und Herausforderungen der Gegenwart im Ostseeraum beschäftigen und einen klaren Fokus auf die Geistes- und Sozialwissenschaften legen.

Bundesforschungsministerin Anja Karliczek betonte bei ihrem Besuch: "Die Ostsee ist einer der am dichtesten vernetzten Kultur- und Wirtschaftsräume weltweit. Hier können Themen globaler Bedeutung untersucht werden: Wie gehen wir mit ökologischen Problemen um, mit unserem gemeinsamen kulturellen Erbe, dem gesellschaftlichen Zusammenhalt? Die Universität Greifswald eignet sich schon durch ihre Lage besonders dafür, diesen Fragen nachzugehen. Ich freue mich, dass die Universität bei der Konzeption des neuen Interdisziplinären Forschungszentrums Ostseeraum mit renommierten Partnern im ganzen Ostseeraum zusammenarbeiten wird."

"Ich bin begeistert, dass die Expertise unserer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Bezug auf den Ostseeraum mit der Förderung des IFZO durch das BMBF eine großartige Würdigung erfährt. Wir haben nun die Chance, nachhaltig zu einem sichtbaren und anerkannten Forschungszentrum für den Ostseeraum zu werden", so die Rektorin der Universität Greifswald, Prof. Dr. Johanna Weber.

Lesen Sie auch das [Interview mit der Rektorin](#).

Die wissenschaftliche Ausrichtung des Zentrums legt einen klaren Schwerpunkt auf die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften. Die zukünftigen Forschungsthemen sollen interdisziplinär und fakultätsübergreifend erarbeitet werden. Wissenschaftliche Kooperationspartner wird es unter anderem in Estland, Polen, Dänemark Norwegen, Lettland und den USA, aber auch in Hamburg, Heidelberg, Kiel und Berlin geben.

Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum

Das Interdisziplinäre Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO) erforscht kooperationsbasierte und konfliktbasierte Zukunftsprojektionen in den Gesellschaften des Ostseeraums und konzentriert sich dabei auf die Beantwortung zentraler Fragen und Herausforderungen der Gegenwart. Das Untersuchungsgebiet umfasst die Ostseeanrainer sowie das Hinterland im Einzugsbereich der großen Flüsse. Die Fragestellungen orientieren sich zum einen an interregionalen bzw. zwischenstaatlichen Strategien und Diskursen und zum anderen an den spezifischen nationalen Interessen der Staaten des Ostseeraums. Neben der Arbeit der ostseespezifischen Institutionen, wie dem Ostseerat oder dem Baltic Development Forum stehen auch EU-Initiativen wie die Strategie für den Ostseeraum (EUSBSR) und die "Östliche Partnerschaft" im Fokus der Untersuchungen.

Aktuell ist der Ostseeraum einer der am weitesten integrierten maritimen Kulturräume der Welt. Seit 1989 stellen die politischen und gesellschaftlichen Umbrüche Deutschland und Osteuropa vor Herausforderungen, auf die gleichermaßen mit "Integration" und "Abgrenzung"

reagiert wurde. Vor diesem Hintergrund wird nach gemeinsamen Lösungen in den Bereichen Ökologie, digitale Innovationen, Energie und Sicherheit gesucht. Entsprechend werden die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des IFZO gemeinsam mit ihren Partnern im Ostseeraum folgende Problembereiche analysieren:

- Internationale Beziehungen und Sicherheit
- Neue Nationalismen
- Zur Gegenwart des kulturellen Erbes
- Regionale Entwicklung und Ländliche Räume
- Nachhaltigkeit und Biobasiertes Wachstum
- Energie

Bis 2021 werden aus den so erzielten Erkenntnissen entsprechende Forschungsprogramme und zu bearbeitende Forschungsprojekte entwickelt. Im Mittelpunkt der hier beschriebenen Rahmenthemen steht neben dem wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn die dezidierte "Anwendbarkeit" und der Transfer der Erkenntnisse für landes-, regional- und bundespolitische Interessen- und Anspruchsgruppen (Stakeholder) sowie Verwaltungen, Wirtschaftsförderung und politischen Institutionen im Ostseeraum.

Interdisziplinäre Forschungsbereiche

Internationale Beziehungen und Sicherheit

Im Ostseeraum standen seit dem Fall des Eisernen Vorhangs mit Blick auf die regionale Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Fragen vor allem Aspekte der "soft security", d. h. Sicherheitsprobleme nicht-militärischen Ursprungs, im Vordergrund. Problemfelder wie die Fragilität des Ökosystems Ostsee, aber auch der Menschenhandel, der Minderheitenschutz (insbesondere mit Blick auf die russischsprachige Minderheit in den baltischen Staaten) und die Energiesicherheit entstanden aus und entlang grenzüberschreitender Inter- und Transaktionen. Als Sicherheitsprobleme nicht-militärischen Ursprungs erkannt, galt es, diese über nicht-militärische Formen der Zusammenarbeit zu bearbeiten. Mit Blick auf die heutige Situation im Ostseeraum erscheint es für das Forschungszentrum produktiv, die methodologischen Ansätze der Geisteswissenschaften (zum Beispiel Erzähltechniken, Medienanalyse, Rhetorik, Intertextualität und Dependenz) auf die sozialwissenschaftlich geprägten Fragestellungen der Politikwissenschaft anzuwenden, um unter anderem die Genese und Entwicklung kulturell verschiedener Wahrnehmungen von Konflikt- und Lösungspotenzialen und deren Einflüsse auf politische Entscheidungen zu analysieren.

Neue Nationalismen

In den Ländern des Ostseeraums lebt auf relativ kleinem Raum eine einzigartige Vielfalt von religiösen, ethnischen und kulturellen Gruppen zusammen. Einige davon haben sich in der Folge historischer Grenzverschiebungen erst als Minderheiten formiert (Deutsche in Dänemark und Polen), andere sind das Ergebnis teils jahrhundertalter Migrationsbewegungen (Juden in den nordischen Ländern, Russen in den baltischen Staaten) und wieder andere sind nicht eigentlich Minderheiten, sondern indigene Bevölkerungen (Sámi und Grönländer). Der Forschungsbereich wird anhand einer Analyse der Genese und Praxis von Minderheitenpolitik, besonders Sprachpolitik, mit der in Greifswald einzigartigen Kombination aus historischer und philologischer/linguistischer Expertise ergänzt, um juristische Kompetenz für alle Ostsee-Anrainerstaaten, ein umfassendes Bild und eine kritische Analyse des Verhältnisses von Mehrheiten und Minderheiten und dessen Auswirkungen auf Sprachpraxis und damit verbundene Identitäten seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zu erarbeiten.

Zur Gegenwart des kulturellen Erbes

Angesichts der aktuellen politischen Lage ist eines der dringlichsten Probleme für das

Zusammenleben der Menschen im Ostseeraum die Frage, ob und in welchen sozialen Konstellationen die Ostsee überhaupt als kulturell funktionierender Raum wahrgenommen werden kann. Der Forschungscluster soll dieser Sachlage begegnen, indem es an konkreten historisch relevant gewordenen Beispielen kritisch rekonstruiert, was als kulturelles Erbe kanonisiert wurde, wie die Bestände ihre Funktion der grenzüberschreitenden Vergesellschaftung erfüllt haben und ob sie eine tragfähige Basis für die Zukunftsfähigkeit der Idee eines kulturell integrierten Ostseeraums liefern. Das bis heute prägnanteste Anwendungsgebiet sind Architektur und Denkmalpflege, die in Gestalt von Kirchen und Herrenhäusern in allen Ostseeanrainerstaaten als Erbe der Vergangenheit gleichermaßen eine kulturprägende Wahrnehmung erfahren. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie mit diesem Erbe in einer weitgehend säkularen und demokratischen Gegenwart und vor dem Hintergrund rechtlicher Fragen umgegangen werden muss.

Regionale Entwicklung und ländliche Räume

Ländliche Räume nehmen - je nach Definition - etwa 90 Prozent der Landfläche in den Ostseeanrainerstaaten ein und sind ein unverzichtbarer Bestandteil ihrer Ökonomien. Der ländliche Raum prägt folglich in der Zielregion die regionale Wirtschaft und die Versorgung der Bevölkerung. Es erscheint sinnvoll, die Wirtschafts- und Versorgungssysteme (beispielsweise Gesundheitsmanagement) in der Region zu kategorisieren und Einflussfaktoren auf den historischen Pfad ihrer Entwicklung zu ermitteln. Auf dieser Grundlage können alternative Modelle regionaler Entwicklung und Versorgung im Ostseeraum bestimmt und die Lösungsmöglichkeiten als Innovationskeimlinge für andere Länder dargestellt werden. Ziel wäre, von den Modellen regionaler Entwicklung und der Daseinsvorsorge Anregungen für eine innovative und nachhaltige Struktur zu lernen.

Nachhaltigkeit und biobasiertes Wachstum

Nachhaltigkeit ist für den Ostseeraum ein wichtiges Thema und wird dies auch als Querschnittsthema im Spannungsfeld klassischer ökologischer, sozialer und ökonomischer Konfliktbereiche in Zukunft bleiben. Der Forschungsbereich adressiert zentrale Fragen der Ökosystem- und Diversitätsforschung, darunter unter anderem wie sich Ökosysteme als Reaktion auf globale Umweltveränderungen oder Migrationsbewegungen verändern oder wie biologische Ressourcen ohne negative Effekte auf die Biodiversität, durch den Menschen genutzt werden können. Der Forschungsbereich verknüpft die Greifswalder Ökosystemforschung noch stärker mit der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung. Damit sollen die Grundlagen für integrative, wissensbasierte Politikberatung und Praxisprojekte geschaffen werden, die eine nachhaltige Nutzung der terrestrischen und marinen Ressourcen des Ostseeraums fördern. Insbesondere innovative Regulierungsansätze an der Schnittstelle des Umweltschutzes und der Agrarpolitik sind entscheidend dafür, dass die Potenziale der Bioökonomie realisiert werden können, ohne dass dies zu Lasten der natürlichen Lebensgrundlage geht.

Energie

Eine der aktuellen politischen Fragen, die von den Anrainern der Ostsee, aber auch der EU diskutiert werden, ist das Thema "Energie". Dabei geht es einerseits um Energieversorgung und den Ausbau Erneuerbarer Energien. Andererseits wird die Diskussion von Sicherheitspolitik, Umweltfragen und kollektiver Erinnerung geprägt. Beispielhaft geschieht dies bei dem sogenannten Nordstream-Projekt, der Ostsee-Gaspipeline zwischen Vyborg in Russland und Lubmin bei Greifswald. In den baltischen Staaten und Polen regte sich Widerstand, weil man sich von der Pipeline ausgeschlossen fühlte. In Finnland entspann sich eine Debatte um mögliche ökologische Folgen der Unterwasserpipeline, wohingegen schwedische Zeitungen die Pipeline als sicherheitspolitische Bedrohung ansahen. Dabei verstellen die Stereotype der "russischen Energiewaffe" oder der vermeintlichen Energieabhängigkeit von Russland den Blick darauf, was in den Abnehmerländern diskutiert wird und welche politischen und sozialen Gruppen von der "russischen Energie" profitieren.

Die Greifswalder Forscher werden die Diskurse analysieren und zum Verständnis der vielfältigen Positionen beitragen. Dies könnte langfristig das Thema "Energieversorgung" neu positionieren.

#forschung #science #ifzo

Kurz-URL: <http://tinyurl.com/y5s7bzbq2>

Medienfotos

Ansprechpartner an der Universität Greifswald

Dr. Alexander Drost

Koordinator Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum

Historisches Institut, Rubenowstraße 2, 17489 Greifswald

alexander.drost@uni-greifswald.de

phil.uni-greifswald.de/institute/einrichtungen/gk-baltic-borderlands/